



2015/48 Dossier

<https://jungle.world/artikel/2015/48/der-bock-als-gaertner>

Der Iran sollte nicht zum Partner des Westens werden

Der Bock als Gärtner

Von **Matthias Küntzel**

Islamistische Offensive und westliche Reaktion.

Am vorvergangenen Freitag fand in Paris der entsetzliche Angriff statt, durchgeführt von Islamisten, die uns höhnisch wissen ließen: »Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod.« Es war das bisher brutalste islamistische Massaker auf europäischem Boden. Es richtete sich gegen alle, die das Leben an einem Freitagabend zu genießen suchten, gegen Musikfans, gegen Fußballfans, gegen Bar- und Restaurantbesucher.

Hinter dem scheinbar so Sinnlosen steckt ein klares Konzept, das Ayman al-Zawahiri, der Führer von al-Qaida, so umschrieb: »Selbstmordattentate bringen dem Feind das größtmögliche Grauen bei relativ geringen Verlusten für die islamistische Bewegung.« Am besten seien Anschläge, die möglichst viele Zivilisten töten: »Das verbreitet bei den Völkern des Westens den größten Schrecken. Das ist die Sprache, die sie verstehen.« In der Tat. Auch zwei Wochen nach dem Massaker dominieren Angst und Entsetzen den Alltag, und Angst steckt an. Im Land der Freiheit herrscht der Ausnahmezustand, Demonstrationen werden verboten, es überwiegt die Einschüchterung. Haben die Attentäter gesiegt?

Kurz vor dem 13. November hatte es bereits einen Angriff auf das französische *savoir vivre* gegeben – es war zwar nur ein Vorstoß, jedoch von symbolischem Gewicht. Ab dem 14. November wollte Irans Präsident Hassan Rohani die Französische Republik und deren Präsidenten besuchen. Ausgerechnet Rohani, ausgerechnet Frankreich! Er sagte den geplanten Staatsbesuch nach dem Blutbad von Paris wieder ab. Schon während der Vorbereitung des Treffens hatte es einen protokollarischen Streit gegeben: Rohani hatte zum Entsetzen seiner Gastgeber erklärt, dass er in Paris an keinem Festbankett teilnehmen, bei dem auch nur ein einziges Glas Wein getrunken werde.

Rohanis unerhörte Forderung ruft das Ziel der Selbstmordattentäter in Erinnerung: Sie wollten Paris in ein zweites Teheran verwandeln. In dieser Stadt sind all die Annehmlichkeiten eines schönen Lebens, die man vorletzten Freitagabend in Paris erleben wollte, und auf die die Islamisten mit einem Blutbad reagierten, a priori untersagt: Frauen dürfen nicht ins Stadion, wenn Männermannschaften spielen, Musikveranstaltungen mit heißen Rhythmen sind strengstens verboten, unverheiratete Paare werden von der Straße

weg ins Gefängnis gebracht, öffentliche Nachtlokale und Bars gibt es nicht. Auf ein Glas Wein stehen in Teheran 80 Peitschenhiebe plus Gefängnis; nach dem dritten Mal droht die Hinrichtung. Von diesen Exekutionen erfahren wir jedoch kaum Einzelheiten, weil Teheran seine Hinrichtungen, anders als der Islamische Staat (IS), nicht aufzeichnet und auf Youtube stellt.

Er plane, seinen Frankreich-Besuch in Kürze nachzuholen, gab Rohani bekannt. Doch was hat es zu bedeuten, wenn nach dem Massenmord in Paris der Präsident des mit Abstand wichtigsten islamistischen Landes eben dort empfangen wird?

Ist es richtig, den Islamischen Staat zum Hauptfeind zu erklären, Teheran als einen Teil der Lösung anzusehen und damit Israel aus der Koalition gegen den Islamismus auszuschließen?

Der Islamische Staat im Kontext

Verständlicherweise hat man in Europa Angst vor dem Islamischen Staat, nicht aber vor dem Iran. Das triumphierende Selbstverständnis, mit dem der Islamische Staat seine Gräueltaten zur Schau stellt, schockiert.

Da ist die 10jährige Selbstmordattentäterin, die 19 Menschen mit in den Tod reißt; da ist der Lehrgang für Jugendliche ab acht, die am lebendigen Material lernen, wie man Menschen die Kehle durchschneidet; da ist die öffentlich Hinrichtung von 13 Jugendlichen, die man dabei ertappte, Fußball im Fernsehen geguckt zu haben; da ist der Schwule, den man vom höchsten Gebäude der Stadt wirft und anschließend noch steinigt, weil irgendein Kalif dies im 7. Jahrhundert angeordnet haben soll; da ist die offizielle Gebrauchsanweisung des Islamischen Staats für die Vergewaltigung von weiblichen Kriegsgefangenen, die nach dem Vorbild des Koran als verschenkbare oder als verkaufbare Sklavinnen gelten.

Für dieses Inferno das Wort »Islamfaschismus« zu verwenden, käme angesichts der vormodernen Barbarei, besonders gegen Frauen, einer Verharmlosung gleich.

Es handelt sich beim Islamischen Staat um eine Bewegung, die sich auf den ersten Blick den Kategorien unseres politischen Denkens entzieht. Auf den ersten Blick, das heißt: Solange wir die dieser Bewegung zugrundeliegende Ideologie ignorieren. Beachten wir ihre Ideologie, dann stellen wir fest, dass sich der »Islamische Staat« von den anderen islamistischen Kräften, wie dem Iran oder der Hizbollah oder der Hamas, nur geringfügig unterscheidet.

Das maßgebliche Buch, das die übergreifende Ideologie all dieser Kräfte entfaltet, ist der Koran. Nicht jeder Muslim, der sich auf den Koran bezieht, ist Islamist. Aber jeder Islamist bezieht sich auf den Koran.

Natürlich distanziert sich die Masse der Muslime von der Art und Weise, wie der Islamische Staat oder die Islamisten in Teheran und Gaza den Koran interpretieren. Und doch macht man sich etwas vor, wenn man behauptet, dass Menschen, die bestimmte Passagen des Koran wörtlich verstehen, diesen missbrauchen oder missverstehen. Denn es gibt keine Instanz, die darüber entscheidet, ob beispielsweise der Satz »Herunter mit dem Haupt« der Ungläubigen (Sure 47, Vers 4) wörtlich oder metaphorisch zu verstehen ist.

Vier gemeinsame Merkmale zeichnen die Koran-Auslegung der globalen islamistischen Bewegung – von den Muslimbrüdern und IS bis zu al-Qaida, Hizbollah und dem Iran – aus. Erstens gilt für alle die »alleinige Entscheidungsbefugnis und Gesetzgebung Allahs«, wie

es in Artikel 2 der iranischen Verfassung heißt. Nicht die von Menschen gemachten Gesetze sollen das Miteinander regeln, sondern einzig das Wort Allahs, wie es im Koran und in der Sunna festgeschrieben ist. Wir gelten als die »Welt der Arroganz«, weil wir uns erkühnen, unsere eigenen Gesetze zu machen, anstatt uns dem Willen Allahs zu beugen. Zweitens gilt für alle das Prinzip des Jihad. Islamisten sind keine Puristen, die sich für die Außenwelt nicht besonders interessieren, solange sie ihr sektiererisches Verständnis von Religion ausleben können. Sondern sie wollen die Ungläubigen militant bekämpfen und früher oder später die gesamte Welt der Sharia unterwerfen. Der globale Anspruch kommt sowohl im Wappen der Muslimbrüder – ein grüner Kreis – als auch im iranischen Wappen – eine als Globus stilisierte Kalligraphie des Wortes Allah – zum Ausdruck. Dieser Anspruch zeigt sich auch darin, dass die Homepage des iranischen Revolutionsführers in 14 Sprachen kommuniziert.

Dieser Jihad ist drittens antisemitisch motiviert. So wie die Bekämpfung der Juden im frühislamischen Medina eine Voraussetzung war, um den Islam zu konstituieren, so war der Antisemitismus das treibende Moment, das dem Islamismus als moderner Bewegung zur massenhaften Verbreitung verhalf. Die Begründer des Islamismus waren die 1928 gegründeten ägyptischen Muslimbrüder. Sie wurden wegen ihres Antisemitismus von den Nazis mehr als jede andere antibritische Gruppe in Ägypten finanziell unterstützt. Warum suchen sich die versprengten IS-Kader in Europa gerade den als projüdisch bekannten Pariser Konzertsaal Bataclan, das Jüdische Museum in Brüssel, den koscheren Supermarkt in Paris oder die Synagoge in Kopenhagen als Schauplatz ihrer Morde aus? Weil sie sich genau wie die Houthis in Jemen oder die Pasdaran in Teheran als Soldaten in einem antisemitischen Krieg verstehen. Der antisemitische Krieg unterscheidet sich vom konventionellen darin, dass er nicht auf Geländegewinn oder Politikwechsel aus ist, sondern auf Vernichtung.

Das vierte Kennzeichen des Islamismus ist die seinen Kadern eingepflegte Todesbereitschaft. Ich zitiere beispielhaft Sure 29 Vers 64 des Koran: »Und dieses irdische Leben ist nichts als ein Zeitvertreib und ein Spiel, und siehe, die jenseitige Wohnung ist wahrlich das Leben.« Die Muslimbrüder fassen diesen Gedanken wie folgt zusammen: »Gott ist unser Streben, der Prophet unser Führer, der Koran unsere Verfassung, der Jihad unser Weg und für Gott zu sterben unser höchstes Ziel.« Khomeini hat mit der Erfindung des islamistisch begründeten Selbstmordattentats die Parole »Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod« zu einem Erkennungsmerkmal des Islamismus gemacht, während der IS seine Selbstmordattentäter geradezu kompanieweise verheizt.

Verkehrte Antworten des Westens

Wenn wir uns diese übergreifenden Programmpunkte vor Augen halten, die für den IS und den Iran, für die Hizbollah und die Muslimbrüder gleichermaßen gelten, erkennen wir, dass die schiitischen und sunnitischen Islamisten in erster Linie einen gemeinsamen globalen Krieg führen – einen Krieg, der seine Energien aus dem Koran und dessen Jenseitsverheißung schöpft, einen Krieg, den die Weltgemeinschaft als strategische Herausforderung in seiner Gesamtheit erkennen und ernst nehmen muss. Doch dies geschieht gerade nicht.

Die einen nutzen die Angst vor dem Islamischen Staat als Vorwand, um nicht den Islamismus zu bekämpfen, sondern um andere Ziele zu erreichen: Erdogan sagt IS, meint

aber die PKK; Putin sagt IS, meint aber die Verteidigung von Assad, Teheran sagt IS, meint aber die Schaffung von Einflusszonen im Irak.

Andere, darunter die deutsche Bundesregierung, gehen so weit, im Kampf gegen den IS eine Partnerschaft mit dem Iran zu empfehlen. Damit aber wird der Bock zum Gärtner gemacht. Es war die sektiererische Politik der von Teheran angestachelten Schiiten in Syrien und Irak, die das Entstehen des Islamischen Staats begünstigte. Solange schiitische Milizen im Irak, die unabhängig von der irakischen Regierung, aber in enger Abstimmung mit Teheran agieren, irakische Sunniten abschlachten, bleibt diesen wenig anderes übrig, als Schutz beim Islamischen Staat zu suchen.

Darüber hinaus hat der Iran auch sunnitische Jihadisten immer wieder diskret unterstützt, haben sich doch der sektiererische Krieg und das Chaos für die Machtentfaltung der schiitischen Milizen als nützlich erwiesen. Es übernimmt in einem Doppelspiel sowohl die Rolle des Brandstifters als auch die Rolle der Feuerwehr. So gehört der Iran seit Jahrzehnten zu den stillen Förderern von al-Qaida und den Taliban; jahrelang wurde auch der Aufstieg des IS von Assad und den Iranern taktisch unterstützt, wie der amerikanische Außenminister John Kerry zuletzt am 14. November bestätigte: »Assad cut his own deal with Daesh (= IS). They sell oil. He buys oil. They are symbiotic, not real enemies in this. And he has not, when he had a chance over four years, mounted his attacks against Daesh.«

Wer heute auf die iranische Karte setzt, um den Islamischen Staat zu bekämpfen, wiederholt somit den Fehler, den die USA in den achtziger Jahren machten, als sie bei der Bekämpfung der Sowjets in Afghanistan zwischen 1979 und 1989 auf Jihadisten setzten, ohne sich um deren weitergehendes Programm zu kümmern. Die Folgen sind bekannt.

Sunniten gegen Schiiten?

Ich stelle aber auch die These von einem angeblichen Ringen zwischen Sunniten und Schiiten um die Vorherrschaft in der Region in Frage. Diese These ist simpel und wohl auch deshalb populär, weil sie einen Funken Wahrheit enthält.

Es ist richtig, dass die Schlacht von Kerbela im Jahr 680 die Spaltung zwischen Schiiten und Sunniten besiegelte, es ist richtig, dass die Wahhabiten – also radikale Sunniten – seit Jahrhunderten die Schiiten als »Abtrünnige« und »Polytheisten« abgelehnt und diese oft noch schärfer als Juden und Christen verfolgt haben. Ihnen gilt die Imam-Verehrung der Schiiten als Vielgötterei.

Dennoch gab es immer wieder Phasen eines guten Auskommens miteinander. So hatten die Sunniten die iranische Revolution von 1979 unterstützt. Als aber Hafiz al-Assad, Vater des heutigen syrischen Staatspräsidenten Bashar al-Assad, der der schiitischen Sekte der Alaviten angehörte, 1982 20 000 Muslimbrüder in der syrischen Stadt Hama töten ließ, erhielt die antischiitische Stimmung neue Nahrung. Das selbstbewusste Auftrumpfen des schiitischen Iran verschärfte diese Stimmung. 2005 begann der frühere al-Qaida-Chef des Irak, Abu Musab al-Zarqawi, einen totalen Krieg gegen die Schiiten im Irak, was später zum Bruch mit der sunnitischen al-Qaida und zur Gründung des Islamischen Staates führte.

Obwohl es den Streit zwischen Sunniten und Schiiten ohne Frage gibt, ist die These vom großen Showdown, der dann gern als eine Art Neuauflage des Dreißigjährigen Krieges dargestellt wird, falsch.

Erstens wird hier die Mehrheit der nichtislamistischen Schiiten und Sunniten ignoriert. Man tut so, als repräsentierten die von Teheran finanzierten Killerkommandos im Irak die Bevölkerung des Iran oder die Schiiten in der Welt. Dies aber ist ebenso unsinnig wie die Behauptung, alle Sunniten bekennen sich zum Islamischen Staat. So predigt die höchste religiöse Instanz der Schiiten, der in Irak lebende Großayatollah Ali al-Sistani, die Trennung von Religion und Politik. Seit 1979 lehnt al-Sistani den Islamismus Khomeinis entschieden ab. Die Differenz zwischen Islamisten und Nichtislamisten ist bei Sunniten wie Schiiten wesentlich größer als die Differenz zwischen den Radikalen beider Strömungen, die die eigentlichen Brüder im Geiste sind. So werden von Teheran aus sunnitische und schiitische Islamisten finanziert, solange sie nur dazu beitragen, die Moderaten beider Gruppen zu besiegen.

Zweitens arbeiten islamistische Sunniten und Schiiten demonstrativ zusammen, wenn es gegen Israel und gegen den Westen geht. So haben die Muslimbrüder die schiitische Hizbollah im Kampf gegen Israel ebenso unterstützt, wie Teheran immer wieder die sunnitische al-Qaida und die Hamas unterstützt.

Drittens ist die These vom Machtkampf zwischen Saudi-Arabien und dem Iran zwar eingängig, aber falsch. Denn im Verhältnis zwischen beiden Ländern gibt es eine hauptsächlich angreifende und eine hauptsächlich angegriffene Partei. Natürlich kann es nicht darum gehen, die Saudis zu verteidigen. Der Terror ihrer Führung nach innen ist genauso zu kritisieren wie der Terror Teherans. Der Versuch, die Doktrin der Wahhabiten und des islamischen Antisemitismus in der Welt zu verbreiten, sind entscheidender Teil des Problems.

Und doch spielt Riad in der Region eine andere Rolle als Teheran: Saudi-Arabien ist eine Status-quo-Macht ohne erkennbar expansionistisch-territoriale Ambitionen, während der revolutionäre Iran mit seiner unübersehbar expansionistischen Politik den Status quo umwälzen will. »Die politische Wühlarbeit Teherans hat in den vergangenen zwei Jahren zugenommen, wie Beobachter in Manama übereinstimmend berichten«, heißt es exemplarisch in einem Korrespondentenbericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aus Manama, der Hauptstadt von Bahrein, am 4. November. »Die Revolutionsgarden benutzen in der Region ihren üblichen Werkzeugkasten«, sagt ein Diplomat, der die iranischen Aktivitäten in der Region über viele Jahre aus der Nähe beobachtet hat. »Spezialkräfte, Waffenschmuggel, Stellvertreter, Aufwiegler.« Viele der arabischen Vertreter auf dem Manama-Dialog äußern die Sorge, dass mit dem Ende der Sanktionen ein entfesselter Iran noch mehr Geld in diesen Werkzeugkasten investieren könnte.«

Eine verhängnisvolle Weichenstellung

In der Tat hat das Atomabkommen der 5+1-Mächte mit dem Iran die Sorgen im sunnitischen Lager verstärkt, hat doch diese Vereinbarung eine strategische Dimension: Der Iran wird als regionale Hegemonialmacht anerkannt, als eine Macht, die dazu beitragen soll, das Vakuum zu füllen, das der schrittweise Rückzug der USA hinterlässt. Die Tatsache, dass dieses Konzept auf einer illusorischen Vorstellung aufbaut und das wishful thinking zur Strategie erklärt, ist der harmlosere Aspekt des Debakels. Schlimmer ist, dass diese Politik implizit oder explizit das Sicherheitsinteresse Israels ignoriert bzw. Israel als Störenfried absondert.

Anstatt den westlichen Block mit Israel als einem seiner Zentren zu stärken, spalten sich

die Vormächte des Westens von Israel ab und erfüllen damit eine von Teheran immer wieder erhobene Forderung. Anstatt die islamistische Weltbewegung in ihrer Kohärenz zu begreifen, wertet man die wichtigsten Urheber des internationalen Terrorismus zu angeblichen Verbündeten auf.

Das millionenfache Elend der Menschen in der Region – und die Flüchtlingskrise dokumentiert nur einen winzigen Ausschnitt dieses Elends – ist eine unmittelbare Folge dieser Neuausrichtung des Westens.

Es war die Zaghaftheit des Westens gegenüber Assad und dessen iranischen Hintermännern, die den Ausbau des Islamischen Staats in Syrien möglich machte. Man wusste, dass Assad sein Volk massakriert, aber man wollte den Iran als die entscheidende Stütze dieses Regimes nicht herausfordern.

Als der syrische Massenmörder im Sommer 2013 die »rote Linie« überschritt und 1 400 Syrerinnen und Syrer mit Giftgas tötete, war es die deutsche Regierung, die militärische Maßnahmen, ja selbst die Einrichtung einer Flugverbotszone zur Schaffung von »humanitären Korridoren« strikt ablehnte. Nachdem sich das britische Parlament dieser pazifistischen Haltung angeschlossen hatte, wollte auch US-Präsident Barack Obama von seiner Zusage, auf den Einsatz von Giftgas militärisch zu reagieren, nichts mehr wissen. Der Atomdeal mit Iran, den man in der Syrienfrage nicht vor den Kopf stoßen wollte, hatte Vorrang. Das durch den Iran mitverursachte Leiden von Hunderttausenden Syrern blieb Nebensache.

Ein zweites Beispiel: Zu Beginn des syrischen Bürgerkriegs gab es noch starke Kräfte, die sich politisch-ideologisch am Westen orientierten. Sie wollten Assad besiegen und dessen Schutzmacht, den Iran, aus dem Land treiben. Doch die USA stellten sich quer. Sie waren zwar bereit, syrische Rebellen im Kampf gegen den IS zu unterstützen, jedoch nur unter einer Bedingung: dass sie den Kampf gegen Assad einstellen. Diese Anbiederung an Iran resultierte in einem Fiasko der amerikanischen Syrien-Politik.

So hatte man 500 Millionen Dollar investiert, um eine 5 000 Köpfe starke prowestliche Rebellengruppe aufzubauen. Nach jahrelanger Vorbereitung wurden im Juli dieses Jahres aber nur 54 dieser Kämpfer nach Syrien gebracht. Warum nur so wenige? Weil es dem Pentagon nicht gelang, Kämpfer zu finden, die bereit waren, auf den Kampf gegen Assad zu verzichten. Diese 54 wurden in Syrien, noch bevor sie einen einzigen Einsatz leisten konnten, von der Nusra-Front, dem al-Qaida-Ableger in Syrien, aufgegeben. *

Warum versagt der Westen?

Offenbar gibt es weder das Bewusstsein noch den Willen, die Werte der europäischen Aufklärung gegen den Vormarsch des religiösen Wahns offensiv zu verteidigen.

Stattdessen bestimmen Antiisraelismus und der Antiamerikanismus den Kurs.

Es waren die fünf Vetomächte des Sicherheitsrats und Deutschland, die den Iran-Deal aushandelten. Zwei dieser sechs Mächte, Russland und China, sind offen antiamerikanisch eingestellt. Die dritte Macht, an der sich immer häufiger auch Großbritannien und Frankreich orientieren, ist Deutschland. Die deutsche außenpolitische Elite hat erst kürzlich in einem Strategiepapier »die Erneuerung, Anpassung und Neugestaltung der internationalen Ordnung« zur »größten aller außenpolitischen Aufgaben« erklärt. Diese Neugestaltung zielt aber ebenfalls darauf, die Macht der USA zugunsten einer multipolaren Weltordnung zu beschneiden.

Dieser außenpolitischen Ambition kommt die Politik der »Selbstentmachtung« (Josef Joffe) entgegen, wie sie der amerikanische Präsident Barack Obama praktiziert. Obama hat stets die ideologische Doktrin des Islamismus ignoriert. In seinen Ansprachen an die Muslime erweckte er stattdessen den Eindruck, dass es die Politik der USA gewesen sei, die den Zorn der Muslime erregt habe. In dieser Hinsicht hat sich Obama als der letzte Achtundsechziger entpuppt. Seine Deutung ist, was die Islamisten anbelangt, jedoch nicht korrekt: Diese hassen die USA nicht für das, was sie tun, sondern für das, was sie sind: die wichtigste liberale Demokratie der Welt.

Aus Obamas Fehleinschätzung resultiert eine falsche Politik. Anstatt die Menschenrechtsverletzungen des Iran, zum Beispiel die Geiselnahme amerikanischer Bürger während der Atomverhandlungen zu kritisieren, bevorzugte man eine Politik der Selbstdemütigung.

So findet sich im Iran-Deal ein Passus, der es allen Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Agentur mit amerikanischer Staatsangehörigkeit verbietet, an den Inspektionen im Iran teilzunehmen. Der amerikanische Außenminister unterschrieb mit dem Iran-Deal somit ein Papier, das ein Misstrauensvotum gegen die Beamten seines eigenen Landes enthält – ein Kotau, der in der Geschichte der internationalen Beziehungen seinesgleichen sucht.

Obwohl sich die Syrien- und Irak-Krise immer weiter zuspitzt, kann von einem Umkehrpunkt keine Rede sein. Zwar suchten allein in diesem Jahr mehr als 750 000 Flüchtlinge, hauptsächlich Muslime, dem islamistischen Terror durch eine tollkühne Flucht in das säkulare und demokratische Europa zu entkommen. Gleichzeitig aber reisten maßgebliche Vertreter der europäischen Eliten in die entgegengesetzte Richtung, um einem Hauptschuldigen an diesem Inferno, dem islamistischen Regime in Teheran, den Hof zu machen. Die einen umarmen die Shia-Islamisten, die anderen fliehen vor deren Politik, wobei sich diejenigen, die zu den Islamisten reisen, und die, die vor ihnen fliehen, sicher nicht begegnen. Die Flüchtlinge haben keine business class zur Verfügung, sie riskieren Leben und Leib.

Die Situation könnte sich, im Gegenteil, noch einmal dramatisch verschlechtern. 1981 hatte Israel den Osirak-Reaktor von Saddam Hussein zerstört. Dieser Reaktor lag dort, wo heute der Islamische Staat regiert. Wer sich die Folgen einer Kombination von »Islamischer Staat« und Atombombe vor Augen führt, kann die Dramatik der iranischen Entwicklung ermessen: Hier ist die Kombination von religiösem Fanatismus und Atombombe in den Bereich des Möglichen gerückt.

Der Fehler wird wiederholt

Dass die verheerenden Fehleinschätzungen und Versäumnisse im Kampf gegen den Islamismus – das Hoffieren des Iran und der damit verbundene Ausschluss Israels – auch nach dem Pariser Massaker auf die Stimmung schlagen, liegt auf der Hand.

Angst aber steckt an. Nichts ist härter auf der Welt als angehäufte Angst, schreibt Wassili Grossmans in seinem Roman »Leben und Schicksal«. Mut steckt ebenfalls an. Um aber aus dem Angstmodus, in dem wir uns gegenwärtig befinden, herauszukommen, bedürfte es einer radikalen Bestandsaufnahme und einer ungeschminkten Vermittlung der gegenwärtigen Situation.

Noch weiß niemand, wie sich das Ungeheuer mit den vielen Köpfen und dem Slogan »Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod« besiegen lässt. Soviel nur liegt auf der Hand: Die

Stärkung des einen Teufels zulasten des anderen ist keine Option. Solange es keinen Schulterschluss des Westens mit Israel gegen den neuen Totalitarismus gibt, solange sich stattdessen der Westen beim iranischen Ableger des Islamismus anbiedert, ist nicht einmal der Ansatz einer Lösung erkennbar.

Erst wenn die Welt der gesamten Koalition der Wahnsinnigen entgegenträte, die von der Hamas bis zur Hizbollah, von den Muslimbrüdern zu al-Qaida, vom Islamischen Staat bis zum iranischen Regime reicht, erst wenn sie diesen Widerstand gemeinsam mit Israel leistete, das mit seiner Expertise im Anti-Islamismus-Kampf und seiner Erfahrung bei der Vorbeugung von Selbstmordattentaten allen anderen Demokratien voraus ist, erst dann bestünde eine Chance, den politischen Krieg gegen den Islamismus zu entfachen und das islamistisch motivierte Selbstmordattentat als Kampfmittel auf der internationalen Bühne ebenso zu ächten, wie man in der Vergangenheit die Massenvernichtungswaffen geächtet hat.

Selbstmordattentate, das hat sich in Paris wieder gezeigt, gehören zu den schlimmsten Bedrohungen der freien Welt. Wer entschlossen ist, sein Leben zu opfern, lässt sich durch nichts abschrecken und ist zu jedem Verbrechen bereit. Es besteht kein Zweifel, dass der künftige Zustand unserer Gesellschaften davon abhängen wird, ob dieser todeswütige Fanatismus zurückgedrängt und beseitigt werden kann oder nicht.

Wollte man die Methode des Selbstmordattentats ausrotten, müsste die sogenannte - internationale Gemeinschaft jede erdenkliche Maßnahme ergreifen, um dieses Kampfmittel als ein Verbrechen gegen die Menschheit zu ächten und diese Ächtung durch Isolierung und Bestrafung derer durchzusetzen, die es weiter propagieren.

Nach dem 11. September 2001 geschah dies gerade nicht. Bereits am 14. September 2001 warnte der französische Botschafter in Israel, Jacques Huntzinger, öffentlich davor, den Terroranschlag auf die USA mit den Selbstmordattentaten der Hamas auf eine Stufe zu stellen, da die Kontexte gänzlich unterschiedlich seien. Bestimmte Selbstmordanschläge hat man seither als Widerstandshandlungen geadelt, andere nicht. Darin liegt das Beklemmende der gegenwärtigen Situation: dass man eben diesen Fehler wiederholt.

* Eric Schmitt und Ben Hubbard: U.S. Revamping Rebel Force Fighting ISIS in Syria. »New York Times«, 6. September 2015.